

Frank Urbaniok im Fadenkreuz

Von Thomas Hasler, Stefan Hohler. Aktualisiert am 15.10.2012

Der Chef des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD) des kantonalen Justizvollzugs ist vermehrt Anfeindungen ausgesetzt. Vorläufiger Höhepunkt ist die Todesdrohung einer Psychiaterin.



Für PPD-Chef Frank Urbaniok gibt es keinen Weg zurück.

Bild: Keystone

Eine Psychiaterin soll in diesem Sommer gedroht haben, sich und ein paar andere Personen umzubringen – darunter PPD-Chef Frank Urbaniok und zwei seiner Mitarbeitenden. Gegen die Frau, die in der Ostschweiz eine Praxis betreibt, haben die Betroffenen Strafanzeige erstattet. Die Drohung steht im Zusammenhang mit dem Ehemann der Psychiaterin. Der Mann, der eine Frau töten wollte und sie dabei lebensgefährlich verletzte, sitzt in der Strafanstalt Pöschwies. Frank Urbaniok bestätigte entsprechende Recherchen des TA.

Dass der 50-jährige Chefarzt des PPD Kritik ausgesetzt ist, ist nicht neu, doch er stellt fest: «Die Bedrohungen und Anfeindungen haben in den letzten zwei Jahren deutlich zugenommen.» Anonyme Server und die sozialen Medien seien eine «Ermunterung», Beschimpfungen und Beleidigungen loszuwerden. Die Verfasser würden sich «gegenseitig geradezu hochschaukeln».

Ein Teil der Kritik kommt von inhaftierten Tätern oder deren Angehörigen. Der PPD ist zuständig für ihre Risikobeurteilung und Behandlung. Weigern sich Verurteilte, bei einer von einem Gericht angeordneten therapeutischen Massnahme mitzumachen, müssen sie damit rechnen, dass ihnen das Amt für Justizvollzug Vollzugslockerungen oder bedingte Entlassungen verweigert.

Exemplarisch ist der Fall von Hassan Mansour. Der Libanese wurde verurteilt, weil er seine frühere Lebenspartnerin vergewaltigt hatte. Das Gericht schob die unbedingte Freiheitsstrafe zugunsten einer stationären Massnahme auf. Die Freiheitsstrafe hat Mansour längst verbüsst, doch eine stationäre Massnahme kann fünf und mehr Jahre dauern. Mansour, laut Psychiatern «deutlich» rückfallgefährdet, verweigert jede Therapie, weil er die Vergewaltigung bestreitet. In der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens hat Mansours heutige Schweizer Ehefrau kürzlich heftige Kritik an Urbaniok und seiner Methode geäussert. Unerwähnt blieb, dass Mansour auch verurteilt wurde, weil er gegenüber den eigenen Kindern gewalttätig geworden war.

«Teuflische Macht»

Auf TeleZüri traten diesen Sommer der verwahrte, seit kurzem verheiratete Hugo Portmann und seine Ehefrau auf. Sie liessen an Urbaniok und dem PPD kein gutes Haar. Der 53-Jährige, der sein halbes Leben hinter Gittern verbracht hat, ebenfalls eine Therapie verweigert und vehement für seine Entlassung kämpft, kritisiert immer wieder den «manipulativen Justizvollzug».

Damit liegt er auf der Linie der Organisation «Reform 91». Die von einem ursprünglich verwahrten Pädosexuellen gegründete Selbsthilfeorganisation für Strafgefangene und Randständige setzt sich laut eigenem Anspruch dafür ein, «dass die europäischen Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen von den zuständigen Vollzugsorganen in die Tat umgesetzt» werden. Im Vollzug von gerichtlich angeordneten Massnahmen, so ihre Kritik, werde «noch immer die teuflische Macht der Götter in Weiss praktiziert».

Frank Urbaniok weiss um die Kritik. Er weiss, dass in Kreisen Betroffener die Verwahrung heute als «Todesstrafe auf Raten» bezeichnet wird. Früher habe es genügt, sich im Strafvollzug wohlzuverhalten, um Vollzugslockerungen zu erhalten oder bedingt entlassen zu werden. «Das hat sich – richtigerweise – grundlegend geändert», sagt er. Im Zentrum stehe heute die Frage: «Welches Risiko geht von dieser Person aus, und wie können neue Opfer vermieden werden?» In den letzten Jahren habe sich deutlich gezeigt, dass die Fokussierung auf die Rückfallgefahr von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung verlangt werde. «Wir erfüllen den Auftrag, den uns das Gericht gibt. Aber wir erfüllen auch einen Auftrag der Gesellschaft.»

Urbaniok versteht die Kritik aber auch. Der Massnahmenvollzug müsse vom «normalen» Strafvollzug klar unterschieden werden. Eine therapeutische Behandlung sei eine

intensive, mühsame und für viele auch unangenehme Auseinandersetzung, die ein Täter mit sich und seiner Tat führe – «alles andere als ein Honigschlecken». Widerstand gegen eine Therapie, so Urbaniok, sei oft auch ein Zeichen von Angst. Doch der Weg lohne sich – für den Täter wie für die Gesellschaft: Durch den PPD therapierte Gewalt- und Sexualstraftäter hätten im Verhältnis zu vergleichbaren Tätern ohne Therapie eine um mehr als siebenzig Prozent tiefere Rückfallquote, wie Studien des PPD zeigten.

Firmen des «Star-Psychiaters»

Auch Urbanioks berufliche Nebentätigkeiten sind in den Medien inzwischen unter Beschuss gekommen. So rechnete der «Sonntag» unter dem Titel «Die Briefkastenfirma des Star-Psychiaters» vor, Urbaniok verdiene neben seinem Gehalt als PPD-Chef von 227'000 Franken noch rund hunderttausend Franken aus seinen Nebentätigkeiten. Sein «Geschäftsmodell» sei «einzigartig und nur schwer zu durchschauen». Ausführlich kommen im Artikel Urbanioks Kritiker zu Wort. Unerwähnt bleibt, dass das Gesamteinkommen des PPD-Chefarztes deutlich unter dem Durchschnitt Schweizer Chefärzte – laut FMH-Statistik: 419'000 Franken – liegt. «Bei sicherlich überdurchschnittlicher Verantwortung», wie Rebekka de Silva, Mediensprecherin des Justizvollzugsamtes, sagt.

Tatsächlich führt Urbaniok in seiner Funktion als Chefarzt eine eigene Praxis, die sich darauf spezialisiert hat, in besonders komplexen Fällen Gutachten von externen Auftraggebern über Sexual- und Gewaltstraftäter zu erstellen. Denn das Erstellen von Gutachten gehört nicht zu den Aufgabenfeldern des PPD, obwohl der Bedarf sehr hoch ist.

Die Gutachten werden aber strikte ausserhalb der Arbeitszeit und getrennt von dienstlichen Aufgaben erstellt. Die Nebentätigkeit in der privaten Praxis ist von den kantonalen Stellen bewilligt worden. Die Praxis erwirtschaftete in den letzten sieben Jahren nach Abzug der Mitarbeiter- und Infrastrukturkosten und vor Steuern einen durchschnittlichen Erlös von gut 78'000 Franken.

«Davon profitieren wir alle»

Weitere Einnahmen von durchschnittlich 30'000 bis 35'000 Franken pro Jahr erwirtschaftet Urbanioks Firma Profecta. Sie vermarktet die Lizenzen des Risikoanalyse-Systems Fotres und entwickelt es ständig weiter. Urbaniok, der in seiner Freizeit mehr als 2000 Stunden in die Entwicklung von Fotres investierte, ist Inhaber des Copyrights. Dies hat eine juristische Abklärung der Justizdirektion ergeben. Auch das Amt für Justizvollzug zahlt Lizenzgebühren – zu Vorzugsbedingungen von durchschnittlich 317 Franken pro Lizenz. Das Amt für Justizvollzug hat für 59 Anwender eine Lizenz gelöst. Eine durch das Justizvollzugsamt in Auftrag gegebene externe Prüfung hat ergeben, dass die marktüblichen Kosten für solche Systeme um ein Vielfaches höher wären.

«Natürlich ist es ungewöhnlich, dass ein Mitarbeiter sich in dieser Art auch ausserhalb seiner Arbeitszeit engagiert und obendrein noch eine Erfindung macht, die mittlerweile in mehreren Ländern zum Einsatz kommt», sagt Thomas Manhart, Leiter der Amts für Justizvollzug und Urbanioks Vorgesetzter. Das biete Raum für Unterstellungen. Auf die vielfältigen Aktivitäten Urbanioks angesprochen, betont Manhart: «Davon profitieren wir alle.» Für ihn sei entscheidend, dass bezüglich der Nebentätigkeiten volle Transparenz herrsche.

Mario Gmür

Der härteste Fachkritiker spricht von «sektiererischer Entartung»

Der als Spielsucht-Experte bekannt gewordene Mario Gmür ist der härteste Kritiker von Frank Urbaniok. Der Zürcher Psychiater wirft Urbaniok und dem PPD eine «bedenkliche Verletzung psychiatrie-ethischer Maximen» vor. Die stationäre Massnahme laufe Gefahr, «zu einer sadistischen Seelenmanipulation im Schraubstock des Strafvollzugs zu entarten», wenn im Rahmen solcher Massnahmen deliktorientierte Konzepte ohne Rücksicht auf Befindlichkeit und Empfindlichkeit der Gefangenen durchgeführt würden, und dies «unter der Androhung einer definitiven Verwahrung im Falle eines Misserfolges». In der Zeitschrift «Plädoyer» schloss Gmür: «Werden solche Behandlungsmethoden in einem von Angstklima geprägten hierarchisch-repressiven System praktiziert, das mit einer therapeutischen Monokultur einen heiligen Krieg gegen das Verbrechen führt, zeigt sich eine sektiererische Entartung.»

In einer öffentlichen Podiumsdiskussion über Jugendgewalt qualifizierte Gmür Urbanioks Risikoanalyse, die auf dem System Fotres basiert, laut einem Artikel in der NZZ als «etwas vollkommen Fragwürdiges». Eine «Renaissance des Mittelalters mit postmodernen Methoden» müsse verhindert werden. In der gleichen Diskussion nannte Urbaniok Gmürs Äusserungen zu Fotres «absurd». Gmürs These, wonach Risikoprognosen wissenschaftlich unmöglich seien, sei eine «Exotenposition», die längst widerlegt sei. Mit seiner Position stehe Gmür «quer zu den wissenschaftlichen Ergebnissen der letzten 20 Jahre». Im Zusammenhang mit der Risikoeinschätzung eines Straftäters propagiere Gmür eine intuitive Methode, welcher im Gegensatz zu Fotres jede Überprüfbarkeit, Standardisierbarkeit, Nachvollziehbarkeit und Korrigierbarkeit abgehe. Urbaniok nennt dies eine «intuitive Blackbox». (thas./hoh.)

Therapie aufs Delikt ausgerichtet

Der Psychiatrisch-Psychologische Dienst (PPD) ist unter anderem für die Behandlung der Straftäter zuständig. Er verfasst Therapieberichte und erstellt Risikoeinschätzungen (Rückfallgefahr), insbesondere bei Gewalt- und Sexualstraftätern. Nach dem Zollikerberg-Mord war der Umgang mit diesen Tätern radikal umkrempelt worden. Der konsequent auf das Delikt ausgerichtete Therapie- und Behandlungsansatz und die Einführung des Therapie-Risiko-Evaluations-systems Fotres sind untrennbar mit PPD-Chef Frank Urbaniok verbunden. (thas./hoh)